

Der Kandidat der LINKEN 2
Felix Lederle für Reinickendorf

Patient Kapitalismus 3
Was DIE LINKE will

Gerechtigkeit durchsetzen - mit einem neuen Gesellschaftsvertrag Frankfurter Erklärung zur Krisenbewältigung



Privatisierung und Demokratieabbau – der Weg in den Abgrund

Die Wirtschaftskrise bedroht Millionen Menschen mit Arbeitslosigkeit und Armut. An diesen Abgrund hat uns eine Politik geführt, nach der angeblich alles Private gut und alles Staatliche schlecht ist. Unternehmen in öffentlicher Hand wurden verkauft, Rechte für Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner abgebaut.

Mit der Privatisierung wird der Reichtum, den alle erwirtschaften, in die Hände weniger gegeben. Mit dem Abbau von Regeln und Rechten – Deregulierung genannt – wird die Demokratie ausgehöhlt... Das sind die Prinzipien des Neoliberalismus, denen CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP huldigen...

Demokratisch und gerecht – der Weg in die Zukunft

Deutschland ist ein reiches Land und an diesem Reichtum sollen alle Menschen teilhaben. Dafür brauchen wir höhere Löhne, bessere Sozialleistungen, höhere Renten, gerechtere Steuern und die direkte Beteiligung der Belegschaften an größeren Unternehmen. Das sind auch die Grundlagen für Investitionen in eine lebenswerte und umweltverträgliche Zukunft.

Wirklich demokratisch ist eine Gesellschaft erst, wenn auch die Wirtschaft nach demokratischen Spielregeln funktioniert...

1. Banken vergesellschaften, Finanzmärkte regulieren

Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld kann nicht der Willkür privater Banken überlassen werden... Die Vergesellschaftung der Banken ist das Gebot der Stunde... Dazu gehört eine straffe staatliche Regulierung der Finanzgeschäfte ebenso wie die Übertragung von Eigentumsrechten an die öffentliche Hand...

2. Öffentliche Einrichtungen ausbauen, Privatisierung stoppen

Durch Privatisierung wird die öffentliche Daseinsvorsorge der demokratischen Kontrolle und Gestaltung entzogen und Gewinne werden privatisiert. Mehr und bessere öffentliche Einrichtungen bedeuten größere soziale Gerechtigkeit und stärkere demokratische Teilhabe. Deshalb muss der Börsengang der Bahn endgültig gestoppt werden. Die Stromnetze und Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand.

3. Mitbestimmung und Beteiligung von Belegschaften durchsetzen

Unter dem Druck von Banken und Finanzinvestoren treffen Manager immer häufiger Entscheidungen, die allein den kurzfristigen Interessen der Anteilseigner dienen und damit die Interessen der Beschäftigten und der Unternehmen an nachhaltiger Entwicklung ignorieren... Deshalb müssen die Mitbestimmung ausgebaut und die Belegschaften bis 49 Prozent an größeren Unternehmen beteiligt werden, insbesondere dann, wenn diese Unternehmen staatliche Unterstützung erhalten...

4. Reichtum gerecht verteilen, Millionenvermögen besteuern

Die Steuern auf hohe Einkommen und Gewinne der Konzerne müssen steigen, die unteren Einkommen entlastet werden. Die Renten müssen angehoben werden. Das gilt bis zu seiner Überwindung

ebenso für das Arbeitslosengeld II. Die Belegschaften sind am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen direkt zu beteiligen...

5. Arbeitsplätze sichern, in die Zukunft investieren

Um die Wirtschaftskrise abzufedern und Arbeitsplätze zu sichern brauchen wir ein Programm für Investitionen in Bildung, Gesundheitswesen, Energiewende und Infrastruktur und zur Stärkung der Binnennachfrage in Höhe von mindestens 50 Milliarden Euro jährlich ab 2009. Darüber hinaus muss dauerhaft mehr Geld in soziale und ökologische Zukunftsprojekte investiert werden. Um Arbeitsplätze zu sichern und Arbeit gerecht zu verteilen, muss die gesetzliche Arbeitszeit drastisch gesenkt werden.

Der vollständige Text der „Frankfurter Erklärung“ der LINKEN im Bundestag unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7790633287.pdf>

Waste mal 'n Kapital für mich?



Für gute Bildung und gute Arbeit

Die linke Alternative zu Steffel und Stroedter

Am 27. September 2009 finden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. DIE LINKE Reinickendorf hat am 26. Januar **Felix Lederle** als ihren Kandidaten für den Wahlkreis 78 (Reinickendorf) gewählt.

Felix ist 1975 geboren, verheiratet und hat zwei Kinder. Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Journalistik in Leipzig und am IEP Strasbourg, arbeitet er heute als wissenschaftlicher Mitarbeiter für DIE LINKE im Abgeordnetenhaus. Er ist Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN Berlin, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit, Soziales u. Arbeit sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit u. Soziales. *WiR* stellt in Auszügen sein politisches Angebot an die Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger, Wählerinnen und Wähler vor:



Deutschland befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit den 30-er Jahren des letzten Jahrhunderts. Für diese Krise tragen die Bundesregierungen Schröder und Merkel eine große Mitverantwortung. Rot-grüne und schwarz-rote Bundesregierungen haben in weiten Teilen eine einseitig auf die Interessen des Großkapitals ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik verfolgt und dazu beigetragen, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander klafft, die Binnennachfrage zum Erliegen kommt und die privaten Vermögensmassen gebildet werden konnten, die bis zum Zusammenbruch über die Roulette-Tische der internationalen Finanzplätze wanderten.

Selbst in der Krise wird von der Bundesregierung trotz aller anders lautenden Absichtserklärungen kein politischer Kurswechsel vollzogen. Notwendig wäre bei einem gegenwärtig prognostizierten Einbruch der Konjunktur von mindestens 2,25 Prozent in diesem Jahr ein Konjunktur- und Investitionsprogramm im Umfang von 100 Mrd. Euro für Bildung, Soziales, Umwelt- und Klimaschutz, das als kurzfristige wirksame Maßnahme Konsumgutscheine mit kurzer Einlösefrist beinhaltet. Zur Finanzierung bietet sich eine Vermögensabgabe auf höchste und hohe Geldvermögen (Milliardärs- und Millionärssteuer) an.

Mehr soziale Gerechtigkeit

Die Forderungen der LINKEN nach Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns, der sich SPD und Grüne in der Vergangenheit stets verweigert haben, und nach einer Überwindung von Hartz IV und von prekären Beschäftigungsverhältnissen, durch die v. a. Frauen diskriminiert werden, sind nicht nur sozial gerecht, sondern in der Krise ein Gebot ökonomischer und politischer Vernunft.

Mehr soziale Gerechtigkeit

Dasselbe gilt für die Forderungen der LINKEN nach einer sofortigen Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze auf 435 Euro, nach guten, den erreichten Lebensstandard im Alter sichernden Renten nicht erst mit 67 sowie einer Anhebung der Grundversicherung im Alter auf 435 Euro. Denn wer die Binnennachfrage ankurbeln und Spekulation eindämmen möchte, muss die Vermögens- und Einkommensunterschiede verringern und insbesondere die ArbeitnehmerInnen, die RentnerInnen und die sozial Bedürftigen finanziell besser stellen. Das ist sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll.

man besagte Pressemitteilung aber vergebens. Stattdessen missbraucht Frau Wanjura dazu die Homepage des Bezirkes Reinickendorf. Dort unterstellt sie dem Regierenden „rein ideologische Gründe“ für seine Entscheidungen.

„Ich bin kein Trickser, ich bin die Regierung“, kontert Wowereit im Abgeordnetenhaus. Das wird wiederum Frau Wanjura nicht gefallen. Aber so sind die Realitäten. *A.B.*

BVV-Splitter

26. Sitzung, 14.1.2009

Die erste Sitzung im neuen Jahr bot Ermutigendes und Abstoßendes, sachliche Debatten und kulturlose Beschimpfungen - das gewohnte Bild am Eichborndamm. Leider.

Das Ermutigende zuerst: Der CDU gelang es nicht, eine Mehrheit für ihr Ersuchen „Sicherheit in Tegel“ zu erreichen, das Bezirksamt (BA) solle sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, „dass der Tegeler Platz vor C & A per Videoaufnahmen überwacht wird“ (*Drs.-Nr. 0723/XVIII*).

Zuvor hatte Jugendstadtrat Senftleben (SPD) eine Große Anfrage der CDU „Jugendschutz in Tegel unbefriedigend“ (*Drs.-Nr. 0722/XVIII*) beantwortet. Lt. Informationen der Polizei gab es 2008 im besagten Gebiet 36 Straftaten unterschiedlicher Art. 16 Jugendliche, darunter drei unter 14 Jahren, seien alkoholisiert „angetroffen“ worden. Senftleben informierte über die soziale Situation der Jugendlichen im Tegeler Ortskern und in Tegel-Süd, die Möglichkeiten und Grenzen des Jugendschutzes, über eingeleitete praktische Schritte. Dazu gehört die Weiterentwicklung des „Metronom“-Projektes in der Sterkrader Straße, in dessen Interesse die dort bislang vom Freizeitverein Tegel-Süd (kein Freier Träger der Jugendhilfe!) genutzten Räume gekündigt wurden. Der Jugendhilfeausschuss (JHA) hatte dem Bezirksamt „grünes Licht gegeben“ und es gleichzeitig ersucht, den Freizeitverein bei der Suche neuer Räumlichkeiten zu unterstützen. Senftleben machte dazu konkrete Angebote. Mit den Stimmen von CDU und Grauen folgte die BVV den Empfehlungen des JHA nicht und forderte das BA auf, den Mietvertrag „auf Probe (?) um ein weiteres Jahr zu verlängern“ (*Drs.-Nr. 0691/XVIII*). Auf Antrag der Grauen wurde der BVV-Vorsteher gemäß § 42 (1) Bezirksverwaltungsgesetz beauftragt, eine **Einwohnerversammlung** zu diesem Thema einzuberufen – ein Novum für die Reinickendorfer Kommunalpolitik. *F.W.*

Wenn die LINKE in der BVV wäre...

...hätten Bezirksverordnete der Reinickendorfer LINKEN in der 26. Sitzung der BVV sicherlich **gegen** die Überwachung durch Kameras in Alt-Tegel und **für** die Empfehlung des JHA und den Vorschlag einer Einwohnerversammlung in Tegel gestimmt. *K.G.*

Kurswechsel ist notwendig

Selbst in der Krise wird von der Bundesregierung trotz aller anders lautenden Absichtserklärungen kein politischer Kurswechsel vollzogen. Notwendig wäre bei einem gegenwärtig prognostizierten Einbruch der Konjunktur von mindestens 2,25 Prozent in diesem Jahr ein Konjunktur- und Investitionsprogramm im Umfang von 100 Mrd. Euro für Bildung, Soziales, Umwelt- und Klimaschutz, das als kurzfristige wirksame Maßnahme Konsumgutscheine mit kurzer Einlösefrist beinhaltet. Zur Finanzierung bietet sich eine Vermögensabgabe auf höchste und hohe Geldvermögen (Milliardärs- und Millionärssteuer) an.

Wer trickst hier?

Unsere Bezirksbürgermeisterin hat eine andere Meinung als der Senat. Das ist ihr gutes Recht. Frau Wanjura ist schon (zu-) lange im Amt. Deshalb spricht sie manchmal für alle Berliner CDU-Stadträte und -Bürgermeister - so am 21. Januar 2009. Die Berliner CDU veröffentlicht Presseerklärungen und einen Newsletter. Auf ihren Internet-Seiten sucht

Felix Lederle:
„Wir können nicht rechnen? Die Bundesregierung sichert sich für das Vierfache des börsennotierten Gesamtwertes der Commerzbank einen Anteil von einem Viertel. Das ist das Ergebnis marktradikaler Rechenkunst. Urteilen Sie selbst.“

Mehr zur Person und zu den politischen Aussagen zum Bundestagswahlkampf von **Felix Lederle** unter:
www.die-linke-reinickendorf.de

Der Patient Kapitalismus

DIE LINKE: Für einen wirtschaftspolitischen Neuanfang

Die heutige Krise der Finanzmärkte ist eine Krise der Demokratie und der gesamten Wirtschafts- und Sozialordnung. Sie hat klar gemacht, dass ohne Regulierung der Finanzströme, ohne ein festes Wechselkursregime und Zielzonen für die Währungen, ohne Beseitigung der Steueroasen, ohne Beendigung der Privatisierung des Renten- und Gesundheitssystems, ohne ein öffentliches Investitionsprogramm, ohne die dauerhafte Stärkung des Sozialstaats, ohne Wirtschaftsdemokratie keine wirkliche Lösung in Sicht ist.

Die Lehre ist klar: Der entfesselte Kapitalismus ist ein Krisen-, ein Katastrophen-, ein Raubtierkapitalismus. Die Aushöhlung der demokratischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte hat sich als zerstörerisch erwiesen wirtschaftlich, ökologisch und auch politisch. Das Primat der Politik muss wieder durchgesetzt werden. Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein. Wirtschaftsdemokratie ist die zentrale Antwort jenseits der Anarchie von blindwütigen Marktprozessen und diesseits von zur Verselbständigung und Verbürokratisierung neigenden staatlichen Entscheidungsprozessen. Von zentraler Bedeutung ist die Ausweitung der demokratischen Einflussnahme auf betriebliche und unternehmerische Abläufe. Kurz: Die Demokratie in Betrieb und Unternehmen muss gestärkt werden.

Die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.

Karl Marx

Die Krise der Finanzindustrie hat sich dergestalt in eine tiefe Rezession der gesamten Weltwirtschaft ausgeweitet... Die weltweite Deflation der Nachfrage birgt die Gefahr eines tief greifenden globalen ökonomischen Abschwungs einschließlich allgemein steigender Arbeitslosigkeit und einschließlich wachsender Not in einer Reihe von armen Entwicklungsländern mit hohem Bevölkerungswachstum. Wir haben nicht mehr allein den Patienten Finanzindustrie vor uns, nicht nur die Krise der Finanzzentren New York oder London. Die gesamte reale Wirtschaft bis nach Ostasien, nach Afrika und Lateinamerika ist zum gefährdeten Patienten geworden...

Heute konzentrieren sich die Regierungen und Parlamente vieler Staaten darauf, einige Banken mithilfe umfangreicher Bürgschaften zu retten... Dadurch allein wird aber das Vertrauen in die Funktionsicherheit der Finanzmärkte nicht wiederhergestellt und ebenso wenig durch die vielen nationalen Konjunktur- und Investitionsprogramme... Die bisherige Therapie reicht bei Weitem nicht aus.

Helmut Schmidt, SPD

Die ganze Gesellschaft ist tiefgreifend ökonomisiert: sogar in der Gesundheits- und Bildungspolitik. Der Mensch wird heute nicht mehr wegen seiner Hautfarbe diskriminiert, wegen seiner Herkunft oder wegen seiner Religion – nein, der Mensch wird diskriminiert als Kostenfaktor. Er gilt umso mehr, je weniger er kostet. Und er gilt umso weniger, je mehr er kostet. Das ist die eigentliche Sünde des heute geltenden Wirtschaftssystems...

Heiner Geißler, CDU

Die Konsequenz aus den Diskussionen der letzten Monate ist, dass es auf der einen Seite in großem Umfang Staatsversagen und auf der anderen Seite in großem Umfang Versagen von Bankern durch Veruntreuung und Verschleuderung von Milliarden gab.

Oscar Lafontaine

Wir sind die Einzigen, die die Systemfrage schon vor der Krise gestellt haben. Da hieß es, das sei verfassungsfeindlich. Jetzt sind plötzlich alle Verfassungsfeinde. Dass sogar die CDU Industriebetriebe verstaatlichen will, gibt uns immerhin die einmalige Chance darauf hinzuweisen, dass die Linke unter Demokratie nicht Verstaatlichung versteht. Wir wollen die Belegschaft beteiligen. Die Mitarbeitergesellschaft ist das Unternehmen der Zukunft.

Oscar Lafontaine, DIE LINKE

Die Klagen über die Gier von Fondsmanagern, über fehlerhaftes Management von Bankenchefs oder die Rolle von Hedge-Fonds usw. sind heuchlerisch, irreführend oder naiv bzw. einfach dumm. Sie ignorieren, dass die Finanzkrise mit einer Überproduktionskrise zusammenfällt.

Prof. Dr. H. Niemann, ND, 31.1.09

Es kostet mich einige Überwindung, diesen Satz zu schreiben, aber: Die Linkspartei hat recht. Die Teilverstaatlichung der Commerzbank sei – so sagt der Fraktionsgeschäftsführer (der Linken, Red.) Ulrich Maurer – eine „planlose Verschleuderung von Staatsvermögen“. Das stimmt. Und es ist auch richtig, wenn er sagt, der Staat blättere das Vierfache des Commerzbank-Marktwerthes hin, ohne wirklichen Einfluss auf die Kreditpolitik zu erhalten. Und Maurer hat leider auch recht, wenn er sagt: „Die Steuerzahler werden enteignet, um die Zockerschulden der Commerzbank und ihrer bisherigen Eigentümer zu begleichen.“

M. Döpfner, welt-online, 10.1.09)

„Das dicke Ende kommt noch“

IWF-Prognose:
„Banken verlieren 2200 Mrd. Dollar“

Arm bleibt arm – Reich wird reicher

Die Kluft bei der Vermögensverteilung hat sich in Deutschland weiter vertieft. Während mehr als ein Viertel der Bevölkerung gar kein Vermögen besitzt oder gar verschuldet ist, konzentriert sich ebenfalls knapp ein Viertel am gesamten Vermögen in den Händen des reichsten Hundertstel.

(Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW)



Wären sie sich treu geblieben... wären sie heute - „Verfassungsfeinde“?

Zum Thema:

Öffentliche Mitgliederversammlung der LINKEN Reinickendorf am 16. Februar 2009, 18 Uhr, im Roten Laden Kapitalismus am Ende? - Die Krise und die Linken

Mehr Infos zum Thema auch unter:

www.die-linke.de/
politik/
themen/
die_internationale_finanz_und_wirtschaftskrise_20082009/

Ehrung für Antifaschisten

Kämpfer gegen den Faschismus: „Vergesst sie nie“

Mit einer Minute stillen Gedenkens ehrten ein Dutzend Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger am 27. Januar gemeinsam mit der Pfarrerin Richter von der evangelischen Jesus-Christus-Kirche am Falkenplatz in Konradshöhe Opfer des Nationalsozialismus. Vertreter des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und der LINKEN Reinickendorfs legten am Gedenkstein Blumen nieder.

Der Gedenkstein wurde 1946 durch die VVN aufgestellt. Er erinnert daran, dass auch Bürgerinnen und Bürger aus Konradshöhe und Tegelort Opfer des faschistischen Terrors wurden.

„Als christliche Jugendarbeit in Deutschland sind wir uns unserer besonderen Verantwortung, unserer Vergangenheit und dem Versagen

der Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus gegenüber sehr bewusst... Es ist unsere feste Überzeugung, dass reflektierte Erinnerungskultur notwendig ist für verantwortungsvolles Handeln der Kirche in der Welt“, so skizzierte Pfarrerin Richter das Leitbild evangelischer Jugendarbeit in Konradshöhe-Tegelort.

Yusuf Dogan

Inschrift des Gedenksteins auf dem Falkenplatz in Konradshöhe

RICHARD NEUMANN
VON FASCHISTEN ERSCHOSSEN
AM 26.4.45

ALBERT BRUST
HINGERICHTET AM 26.9.44

SIE WAREN KÄMPFER GEGEN
DEN FASCHISMUS

VERGESST SIE NIE!



Foto:
Lilo
Joseph

Faule Eier in Reinickendorf?

An den Parteivorstand der LINKEN: „Verständnisproblem und Frage: Was hat ein Artikel des Juso-Mitglieds Ewers auf einer Internetseite der Linken zu suchen? Sogar mit Bild!? So etwas setzt ganz falsche Signale! Die SPD, ist aus meiner Sicht keine linke Partei! Wer Militarismus propagiert, sollte sich nicht über Ethik äußern. Generell steht der Name „Ewers“ für Parteienfilz - also VORSICHT! Bevor Die Linke richtig in Aktion tritt, hat sie schon ein faules Ei im Körbchen. Wer hat es reingelegt? In Reinickendorf scheint ideologisch einiges schief zu laufen.“

Impressum
Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE, Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Keine Scheuklappen bei der LINKEN

Für die Redaktion von WiR antwortet Jürgen Schimrock:

Die LINKE versteht sich als linke Partei im demokratischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland und agiert konkurrierend (nicht nur) zur SPD.

Einen ideologischen Alleinvertretungsanspruch „richtiger“ Politik nehmen wir, aus guten Gründen, nicht in Anspruch. Die Redaktion von WiR steht, wie die Partei, für demokratischen Dialog, Pluralismus und weltanschauliche Offenheit, solange programmatische Grundsätze nicht verletzt werden.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00 Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de

Am Rande Von Jahn lernen, heißt siegen lernen

„Frisch-fromm-fröhlich-frei“ beging Steffels junge Garde im altherwürdigen BVV-Saal jüngst ihre Jahreshauptversammlung. Geschlossenheit war Trumpf. Wenn das Erich Honecker noch erlebt hätte! Der Spielplan für 2009 entsteht: Köhler 2.0 und Merkel 2.0 (auch bekannt als Bundespräsidenten- und Bundestagswahl). Das Ziel sind bürgerliche Mehrheiten. Hessen war der erste Streich. Roland Koch verhinderte das rot-rot-grüne Links-Bollwerk. Dafür zollt ihm die Junge Union Reinickendorf größtes Lob (*alles Originalton Junge Union R'dorf*).

Also, alles in Butter. Wenn da nicht diese „Scheiß“-SPD, mit der man noch in einer Koalition ist, und die unberechenbaren Wähler wären.

Vielleicht kann Turnvater Jahn helfen. Anregungen aus seinem Hauptwerk „Deutsches Volksthum“, in dem er gegen Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden als Deutschlands Unglück wettete, wehrhafte Männlichkeit pries und heilige Kriege voraussah, verbieten sich wohl auch für die JU. Wie wär's aber mit seinen Reden in der Frankfurter Paulskirche gegen das gesetzlose Treiben jener „Volksvertreter“, die noch immer unter dem Einfluss der Ideen der Französischen Revolution standen. Am 25. August 1848 stellte Jahn in der Nationalversammlung die Frage, „ob die Reichsgewalt keine entscheidenden Schritte gegen das wühlerische Treiben der kommunistischen Radikal-Demokraten tun will, die eine Verschwörung gegen Ordnung, Recht und Freiheit bilden“. Seine Forderung: Bildung eines „Sicherheitsausschusses“. Gute Idee für Schäuble - oder haben wir das nicht schon?

Also, mehr Gelassenheit, liebe Junge Union. Bei kulinarischen Schmankerln - Kartoffelsalat gratis und warmen Würstchen, 50 Cent pro Stück - kann nun wirklich nichts mehr schief gehen.

Reineke

Termine

Beratung zu Sozialen Fragen

Jeden **zweiten Dienstag** (10.2., 24.2., 10.3. usw) von **16 bis 18 Uhr im Roten Laden**: Allgemeine Beratung in Hartz-IV-Angelegenheiten. Darüber hinaus **kostenlose Rechtsberatung für Hartz IV-Betroffene** durch Rechtsanwalt Holger Lange. Termine nach Vereinbarung.